

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fester Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Circulardruck bezogen für Deutschland 20,- M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Valuta-Kontrahent, der Preis für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 58-9.

Die abgegebene Kontrahententabelle über deren Namen kostet 1,- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Keine Anzeigen; Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Rentende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Werber-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Zentrum 2030, 2645, 4510 4603, 4635, 4640, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Aktion der Transportarbeiter-Internationale

Die internationale Transportarbeiter-Föderation erläßt folgenden Aufruf:

### An die Transportarbeiter, Seelente und Eisenbahner aller Länder! Kameraden!

Der im März d. J. in Kristiania abgehaltene Internationale Transportarbeiter-Kongress hat einstimmig beschlossen, daß die Internationale Transportarbeiter-Föderation und die ihr angeschlossenen Organisationen alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werden, um eine Erneuerung des furchtbaren Zimmers zu verhindern, den der Weltkrieg über die Völker gebracht hat.

Der Augenblick, um diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, ist gekommen!

Die kapitalistischen Regierungen versuchen, durch tatkräftige Unterstützung des polnischen Reiches, das Rußland angefallen und nun die Folgen seines imperialistischen Strebens zu tragen hat, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Der Vorstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation erläßt an die Transportarbeiter, Seelente und Eisenbahner aller Länder den dringenden Ruf ergehen, alle Bestrebungen, die das Proletariat neuerlich zur Schlachttat führen wollen, mit allen Mitteln zu vereiteln. Er verlangt von ihnen, daß sie — in Uebereinstimmung mit der Haltung der Arbeiter in jenen Ländern, die sich bereits dem Transport von Waffen und Munition widersetzt haben, — sich überall einmütig weigern, Kriegsmaterial und Truppen, die die kapitalistische und imperialistische Reaktion gegen Rußland aufzubieten will, zu verladen, zu verladen und zu befördern.

In dieser Stunde tut die internationale Klassenolidarität des Proletariats im Kampf gegen die internationale kapitalistische Reaktion mehr not denn je! Das internationale Proletariat verlangt Frieden und Freiheit! Es muß bereit sein, Opfer zu bringen, um diese höchsten Güter der Menschheit zu erobern und zu wahren.

### Transportarbeiter, Seelente und Eisenbahner aller Länder! Der Augenblick zum Handeln ist da!

Verweigert die Beförderung jeglichen Kriegsmaterials, das die kapitalistischen Mächte nach Polen schicken wollen!

Verweigert die Beförderung aller Soldaten, die die Entente-Regierungen gegen Rußland ins Feld führen möchten!

Wahrt eure internationale Solidarität!

Gegen die militaristische Gewalt der kapitalistischen und imperialistischen Regierungen die einmütige Arbeitsverweigerung des international organisierten Proletariats!

Für die Internationale Transportarbeiter-Föderation:  
Robert Williams, Vorsitzender.  
Edo Jimmen, Sekretär.

Der Ruf der Internationale wird in Deutschland nicht ungehört verhallen. Schon seit Wochen stehen die deutschen Eisenbahner bereit zum tätigen Eingreifen für die Wahrung der Neutralität, zur Verhinderung von Transporten von Kriegsmitteln für die Zwecke der militaristischen Reaktion. Das Bewußtsein, daß die Arbeiterschaft Europas gleichen Sinnes mit ihnen und zum solidarischen Handeln entschlossen ist, wird ihre Tatkraft steigern. Auch die Bergarbeiter haben neben in Genuß den Weltbergarbeiterstreik für den Kriegsfall beschlossen. Transportarbeiter und Bergleute vereint und von gleichem Willen beseelt, bilden eine unüberwindliche Macht, deren Einfluß sich die europäische Reaktion nicht zu entziehen vermag.

## Eine polnische Gegenoffensive

II. Warschau, 17. August.

Der amtliche polnische Heeresbericht vom 16. August lautet: Nordfront: Der weitere Verlauf der durch General Sikorski begonnenen Gegenoffensive unserer Nordarmee entwickelt sich trotz schwieriger Umstände günstig für uns. Ungeachtet der sehr schweren Verluste und des erbitterten Widerstandes des Feindes, der auf diesem Abschnitt unserer Streitkräfte zehn Divisionen entgegenwarf, bewegen sich unsere Abteilungen auf der ganzen Linie vorwärts. Heute, am 16. August, wurde Ciechanow von uns genommen. Der Feind beginnt bereits an mehreren Punkten panikartig zurückzugehen. Unsere Flieger, deren Tätigkeit unsere Offensive vorzüglich unterstützt, beschließen die zurückgehenden feindlichen Kolonnen und mehrten so die Verwirrung. Die Zahl der Gefangenen ist bedeutend. Die Erfolge haben auf unsere Warschauer Abteilungen überaus günstig gewirkt, zumal der feindliche Druck auf Jozegow Dombz bereits stark nachläßt. Hartnäckige Kämpfe tobten am 15. und 16. August in der Gegend Radzimin und auf dem nördlichen Abschnitt des Brückenkopfes, der durch vorzügliche polnische Truppen verteidigt wird. Unter Führung der Generale Radzowski, Jeligowski und des Obersten Burdack brachten unsere Abteilungen alle feindlichen Angriffe zum Scheitern und gingen mehrerer Male zu Gegenangriffen über. Sie hielten nicht nur die eigene Linie, sondern trugen ihre Angriffe in die feindlichen Stellungen vor. Zahlreiche Gefangene,

darunter der Kommandeur einer bolschewistischen Brigade und ein bolschewistischer Kommissar, fielen in unsere Hände.

Mittlere Front: Heute haben die Armeen die Gegenoffensive unter Führung des obersten Heerführers ergriffen. Nach einem Marsche von 40 Kilometer längs des Wieprz erreichten Abteilungen der 14. Division mittags Carwolim und umgingelten so den Feind, der bei Maciesowice versuchte, heute die Weichsel zu überschreiten. Die Beute ist ansehnlich. Der linke Flügel der 4. Armee schlug 6 Gegenangriffe des Feindes bei Kosab, wobei ein Geschütz, 14 Maschinengewehre und 200 Gefangene in unsere Hand fielen. Unsere Armeen gehen im schnellen Marsch vor.

Südfront: Um den Feind, der bei Sokal, zwischen Ramonta-Strum und Bud auf das linke Bugufer hinübergewandert war, zurückzuschlagen, wurde ein Gegenangriff befohlen. Nördlich von Sloczow und Bhorow sowie längs der Strappa, wurden östliche Angriffe abge schlagen.

## Warschau von den Russen besetzt?

Warschau, 17. August.

Die „Times“ berichtet aus Kowno: Der Stadt der vierten Roten Armee in Wilna meldet, daß Warschau am 15. August durch die roten Truppen besetzt worden sei. In Warschau sollen unter den bolschewistischen Elementen im Zusammenhang mit diesem Ereignis große Demonstrationen stattgefunden haben.

An dieser Meldung muß stark gezweifelt werden. Die Russen sind zwar nahe an Warschau herangekommen, aber der Widerstand der Polen hat sich wesentlich verschärft. Auch ein Handstreich scheint ausgeschlossen zu sein. Ansehen will das Pariser Blatt durch seine Meldung nur die Stimmung gegen Rußland erhitzen.

## Der französische Imperialismus

II. Paris, 17. August.

Den Pariser Blättern zufolge beabsichtigt man, zwischen Prag, Belgrad und Bukarest ein Abkommen vorzubereiten, um sich von Frankreichs Forderungen und Wünschen zu befreien und eine Friedenspolitik gegenüber Deutschland und Rußland zu führen.

## Unruhen in Mesopotamien

London, 17. August.

Nach einer Reuter-Meldung aus Simla sind wegen der Unruhen in Mesopotamien drei Infanteriebrigaden und eine Feldartilleriebrigade als Hilfstruppen dorthin entsandt worden. Einige von den Truppenabteilungen sind bereits eingetroffen. Die Lage hat sich gebessert.

## Rundgebungen in Oberschlesien

Berlin, 17. August.

Der Telegraphen-Union wird aus Reuthen gemeldet: Die freien Gewerkschaften und sozialistischen Parteien Oberschlesiens rufen für morgen abend Protestversammlungen ein zur Abwehr der Versuche der Neutralitätsverletzung in Oberschlesien. Sie fordern ein Verbot aller nicht kontrollierten Truppen- und Munitionstransporte. Die Kaufmannschaft wird aufgefordert, morgen mittag die Läden zu schließen. Wie verlautet, treten die Eisenbahner heute zwischen 12 und 2 Uhr in den Proteststreik. Sollten die Forderungen zur Sicherung der Neutralität in Oberschlesien nicht angenommen werden, wird der Generalstreik in schärfster Form angekündigt. In Oppeln fanden bereits gestern Demonstrationen statt.

Ueber die Veranlassung zu diesen Rundgebungen unterrichtet die folgende Zufahrt, die wir aus Oberschlesien erhalten:

Entgegen den Zusicherungen der Internationalen Kommission werden dauernd Versuche unternommen, französische Truppen transporte durch Oberschlesien nach Polen zu dirigieren. Die Formationen werden vermuthlich über Italien und die Tschechoslowakei, aber auch durch Deutschland nach Oberschlesien geleitet. Auf energische Vorstellungen von Vertretern der U. S. P. D. und der Betriebsräte erklärten die Bevollmächtigten der Internationalen Kommission, daß die Transporte lediglich zur Verstärkung der ober-schlesischen Besatzungsarmeen dienen und nicht nach Polen geführt werden. Unsere Genossen gaben sich mit dieser höchst zweideutigen Erklärung indessen nicht zufrieden und beschlossen, jegliche Truppenbewegung der Franzosen in Oberschlesien auf der Eisenbahn unmöglich zu machen, gegebenenfalls durch vollständige Stilllegung des Verkehrs. Am Sonnabend wurden in Ratibor zwei, in Gleiwitz zwei und in Rattowitz ein Truppentransportzug angehalten. Die Züge werden auf tote Schienenstränge geschoben, Maschinen werden den Truppen nicht zur Verfügung gestellt ebensowenig Fahrpersonal. Die ober-schlesischen Genossen sind entschlossen, die Neutralität bis aufs Äußerste zu verteidigen; sie appelliert an die Arbeiterschaft Deutschlands, die Aufhaltung der Transporte nicht nur Oberschlesien zu überlassen.

## Der Druck des englischen Proletariats

„Westminster Gazette“, das Organ der englischen Regierung, schreibt in seiner Ausgabe vom 16. August an leitender Stelle:

Die Politik der Allierten gegenüber Rußland hat dazu geführt, das bolschewistische System in Rußland zu stärken, alle Kreise der Bevölkerung, einschließlich des Mittelstandes und der Militaristen hinter der Sowjetregierung zu vereinigen und eine Art Sowjetismus in die englische Politik einzuführen. Der letzte Punkt ist nicht weniger wichtig, als die anderen. Wenn alle Gewerkschaften zusammenkommen und einen Aktionsrat zur Beaufsichtigung der geschäftlichen Regierung des Landes ernennen, so muß zugegeben werden, daß in England wie in Rußland ernste Dinge geschehen, die vor zwei Jahren nicht für möglich gehalten worden wären. Die Auffassung, daß die Arbeiterführer offene Türen eingerannt und die Lage für ihre Zwecke gefährlich ausgebeutet haben, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Unter den Arbeiterführern sind einige sehr geschickte Männer. Sie benutzten die Gelegenheit, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, bei der sie die öffentliche Meinung hinter sich wissen. Es handelt sich aber nicht um eine gewöhnliche politische Bewegung. Hunderttausende von Männern, die die Schrecken des Krieges am eigenen Leibe erfahren haben, sind seit Wochen besorgt, daß die Maßnahmen der Staatsmänner sie in einen neuen Krieg hineintreiben könnten. Diese Männer, ihre Frauen und Eltern sind entschlossen, das nicht geschehen zu lassen. Hinter diesem Willen steht ein tiefes Mißtrauen gegen die Regierungen und die Ministerien des Neukern und die all-gemein verbreitete Auffassung, daß die Parlamente hilflos sind. Zwei Jahre lang haben diese Menschen die Anstrengungen der Staatsmänner zum Wiederaufbau der Welt verfolgt und haben gesehen, daß alle friedlichen Vorschläge durchkreuzt und vernichtet, alle alten Streitigkeiten und Eifersüchteleien wieder an den Tag gebracht und die alten diplomatischen Methoden wieder zum Vorschein kamen, während die Parlamente offenbar hilflos zur Seite standen.

Der hier wiedergegebene Artikel spiegelt die tiefe Besorgnis wieder, von der die englischen Regierungskreise angefaßt der innerpolitischen Krise und der äußeren Verwicklungen erfüllt sind. Das englische Regierungsbüro hat bei aller Aneignung gegen die Arbeiterbewegung und ihre Führer den Mut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Der Kernpunkt der innerpolitischen Situation in England liegt in der Tat darin, daß die Regierung nicht das tun kann, was sie nach ihrer ganzen bürgerlich-kapitalistischen Natur will, sondern was sie unter dem Druck der Arbeiterorganisationen tun muß. Der Aktionsrat der Gewerkschaften übt auf die Entscheidungen Lloyd Georges bereits einen stärkeren Einfluß aus, als das Parlament. Denn während dieses Parlament, das die Kräfteverhältnisse im Lande nicht im entferntesten mehr widerspiegelt, mit jedem Tage immer mehr an Autorität verliert, repräsentiert der Aktionsrat der Gewerkschaften den zum aktiven Kampf erwachten Willen der Arbeitermassen, die sich von der bürgerlichen Geheim-diplomatie emanzipiert und auch die auswärtige Politik der Regierung unter ihre Kontrolle nimmt.

Allerdings muß bei dieser ganzen Entwicklung, deren Bedeutung unabsehbar ist, berücksichtigt werden, daß große Teile der britischen Arbeiterklasse erst die Anfangsstufen der revolutionären Entwicklung durchlaufen und noch stark im bürgerlich-nationalistischen Sinne beeinflusbar sind. Die Politik Lloyd Georges geht offenkundig darauf aus, eine Brezche in die einheitliche Phalanx der Arbeiterklasse zu legen, um die schwankenden Elemente zu sich herüberzuziehen. Das geht deutlich aus den gestrigen Debatten im englischen Unterhause hervor, über die folgender Bericht vorliegt:

Sonar Law erklärte, daß die Regierungspolitik in der Frage des russisch-polnischen Krieges gar keine Veränderung erfahren habe. Die Umstände, die es notwendig machen könnten, das Parlament früher zusammenzubekommen, dürften nur eintreten, wenn es sich herausstellen sollte, daß die russischen Bedingungen für Polen unaufrechtlich seien, und wenn Rußland Bedingungen stellen würde, die mit der Unabhängigkeit Polens unvereinbar seien. Falls dies der Fall sein sollte, würde die Regierung eine andere Politik durchzuführen wissen, und es müßten dann Maßnahmen zur Verteidigung der Unabhängigkeit Polens getroffen werden. Vorläufig liege aber noch kein Grund vor, mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Der Premierminister habe einen Brief von Kamenew erhalten, in dem dieser versichert, daß die Bedingungen, die Rußland in ihren Anträgen bekanntgegeben habe, nicht abgeändert würden. Unter diesen Umständen werde die englische Regierung keinen Schritt unternommen. Sonar Law meinte dann, eine andere Frage sei natürlich, welche Deutung man den den Polen gestellten Bedingungen beilegen müsse. Die Regierung wüßte es aber, diese Frage dem Unterhaus zu überlassen. Das Unterhaus könne versichert sein, daß die Regierung das Land nicht in irgend-eine Kooperationsverwickeln werde, ohne daß sie die entscheidende Unterstützung des ganzen Landes hinter sich habe.



lichen Stellen weitergegeben, nur das Magdeburger Oberpräsidium wurde davon ausgenommen. Das zeigt den Geheimcharakter der Organisation.

Der Minister des Innern hat den Verbot der „Orgel“, welches häufig ausgesprochen wurde, bekräftigt. Die Bewahrung der monarchistisch gehaltenen Sauer ist durch die „Orgel“ bereits möglich. Der Reichskommissar für die Entlassung hat also die besten Kontaktpunkte, um in würdevoller Weise seine Aufgaben durchzuführen.

## Die „Liga Christi“

### Römisch-katholische Hakenkreuzler

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Zur Gründung einer neuen antiliberalen und antisozialistischen Organisation fordert jetzt das „Dresdener“ Zeitungsbüro, die „Sächsische Volkszeitung“ an. Es soll von vornherein auf internationale Basis gestellt werden und den Namen einer „Liga Christi“ tragen. Für 100 Mark einmalige oder 50 M. monatliche Zahlung wird man Mitglied dieses Instituts. Man bekommt dafür nicht nur eine Büchsenadel, sondern auch ein „Hakenkreuz“, ein dauerhaftes Schild mit dem Reichsadler, so daß also die weißen Terroristen Deutschlands bei ihrem nächsten Besuch schon von außen erkennen können, wo Waffen für die Konterrevolution lagern.

Was die in Christo dem Herrn organisierten Reaktionen und Dummheiten wollen, geht aus der Einleitung der Gründungsaufrufung hervor, in der es wörtlich heißt: „Wenn man von den internationalen Kongressen der Gemäßigten, der liberalen Vorkämpfer, der Sozialdemokraten, der Arbeiter und nicht zuletzt der Freimaurer liest, ... dann wird man sehr traurig und wehmütig.“ Dieser Bedacht der Reaktion aber sollen nun die modernen Türkenkreuzer ein Ende machen. Ihre Aufgabe wird es, ebenfalls nach der „Südlichen Volkszeitung“, jetzt, die gesonnenen Rehe der ungläubigen Sozialisten Welt, wenn auch nach nähem Wochensatz, zu zerlegen.

Es gilt also, die sozialistischen Reher auszurotten. Handgranaten her, auf zum Standgericht und Scheiterhaufen! Lebe das moderne antisozialistische, heiligh-katholische Autodach nach Dorthus berühmtem Muster in Deutschland!

## Unsere Fleischversorgung

### Der Stand unserer Fleischproduktion

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch die deutsche Delegation der Konferenz von Spa ein Ergo über unsere Ernährungslage unterbreitet. Wir wollen die darin aufgeführten Zahlen, soweit diese die Fleischversorgung betreffen, herausgreifen und kritisch beleuchten, um darzutun, wie es in Wahrheit um unsere Fleischversorgung bestellt ist.

Der Reichsminister legte dar, daß unser Bestand an Rindvieh in dem Zeitraum 1913 bis 1919 gesunken ist von rund 18 Millionen auf 16,5 Millionen, d. h. um 8% Prozent. Der Schweinebestand ging im gleichen Zeitraum zurück von 18,5 Millionen auf 11,5 Millionen, also um rund 41 Prozent. Der Bestand an Schafweiden sei um so empfindlicher, weil auf der Schweinezucht 65 Prozent unserer Fleisch- und Fettversorgung beruht. Schließlich sei der Ertrag des Schlachtviehs bei Rindern, Schweinen und Schafen um 50 bis 80 Prozent gesunken.

Im Jahre 1912/13 betrug nach Dr. Kuczynski der Verbrauch an Fleisch im Deutschen Reich 3 434 900 Tonnen, davon kamen 279 500 Tonnen = 8,14 Prozent aus dem Ausland, während der Rest von 3 155 400 Tonnen = 91,86 Prozent aus unserer eigenen Viehproduktion herrührt. Die Inlandserzeugung verteilte sich auf die einzelnen Gruppen Rinder, Schweine und Schafe folgendermaßen:

Rinder (Fleisch und Fett) . . .	1 021 500 T.	= 32,38 %
Schweine (Fleisch und Fett) . . .	2 014 000 T.	= 63,82 %
Schafe, Ziegen, Pferde, Hunde . . .	119 900 T.	= 3,80 %
<b>Summa</b>	<b>3 155 400 T.</b>	<b>= 100,00 %</b>

Nach den Angaben des Ernährungsministers hat sich die Zahl der Rinder um 8% Prozent verringert. Gleichzeitig ist aber das Schlachtgewicht der Rinder um 50 Prozent zurückgegangen. Die Fleischversorgung aus unserem Rindviehbestand ist deshalb zunächst um ein Zwölftel geringer geworden, d. h. um 85 125 Tonnen. Der Rest von 936 375 Tonnen verringert sich dann aber noch um 50 Prozent, um den das Schlachtgewicht unserer Rinder gefallen ist. Das macht 468 187,5 Tonnen.

Der Schweinebestand hat sich um 40 Prozent gesenkt. Das bedeutet, daß die Schweinefleischproduktion durch diesen Umstand

für so eine Bourgeoisochter erfordert mehr Geld, als die meisten der Herrschaften ihren Dienstmädchen an Monatslohn gewöhnen. Ich denke an den so schweren Kampf der Hansangestellten um einen halbwegs annehmbaren Lohn, um einige freie Stunden in der Woche und an den Widerstand der „Schönigen“, und sehe hier das faule Leben und die Verschwendungssucht der Geschlechtsgenossen, die durch Zufall, nicht durch Arbeit, diese Reichtümer besitzen, die ihnen ein solches Leben gestatten. Ich sehe, wie sie hier tolleste Blide nach den französischen Besatzungsbeamten werfen, wie sie mit den Offizieren „parkieren“ und sich besonders erhaben fühlen, einen Offizier zum Liebhaber zu haben. Ich gedenke der Zeit, wo die nationalstolische Widerwärtigkeit von den „Größen“ und der Grausamkeit der Franzosen saßelte. Hier tut sich ein Bild auf von der „Moral“ der Bourgeoisie.

Faul treiben sich hier kräftige Burchen in den besten Jahren umher, bald sich hier, bald dort niederlassend, und wissen kaum die Zeit tagelänger, einige in der Bahn nach Hildern angeht, einige ihre Angeln nach anderem auswerfend. . . Und wiederum drängt sich mir ein Bild vor Augen, das ich morgens früh sah. Kaum eine Stunde Fußweg entfernt liegt das Grusenoch Friedrings. Schon in aller Frühe, wenn diese Parasiten noch kundenlang des Schafes Wohlrat kosten, sind hier schon Arbeiter unterwegs. Aus benachbarten und weiter entlegenen Dörfern kommen sie stundenweit zu Fuß, manche auch per Fahrrad, in Ermangelung anderer Verkehrsmittel und fördern bei angestrengter Arbeit und fargem Lohn die Erde aus dem Schoße der Mutter Erde hervor. Sie, die die Werte schaffen, sie, die diesen Tagelöhnen durch ihre Arbeit erst die Möglichkeit zu diesem Parasitenleben geben, sie haben kaum genug, um ihre meist großen Familien därtig zu ernähren. Wie viele ausgezehrite Körper und starke Arme liegen da brach, die da nützliche Arbeit tun könnten. So sind sie nur ein Kergernis für jeden Menschen, dem noch ein Funken Gerechtigkeitssinn innewohnt.

Doch auch hier, an der Stätte des Luxus, der Genußsucht und des Ergöhen, hielten sich dem aufmerksamen Beobachter Bilder der Armut. Mit gebeugtem Rücken, geküßt auf einen Stod, in zerferrirter Kleidung, traucht ein alter Sozialide. Sein Gesicht ist verweilt, die Wadentnochen stehen weit hervor. Ansehen kann er nur, wie hier die Werte verpraßt werden, die auch er sein Lebenlang hat erzeugen helfen.

Vorüber am Benedetti-Stein, dem Ort, wo 1870 der Kustall in einem Menschheitsverbrechen gegeben wurde, eile ich fort von dieser Stätte, die ein Zeugnis der Kultur sein könnte und so nur ein Zeugnis unserer Inkultur ist. Erst der Sozialismus wird mit der gerechteren Gesellschaftsordnung dem schaffenden Menschen das geben, wozuf jedes menschliche Lebewesen schon von Natur aus ein Recht hat: sich als Mensch unter Menschen zu fühlen!

Adolf May.

um 825 740 Tonnen sich verringert hat. Durch den Rückgang des Schlachtgewichtes um 30 Prozent entsteht aber noch ein Ausfall von 359 478 Tonnen.

Bei den Schafen, Ziegen, Pferden und Hunden ist ein Rückgang der Fleischproduktion nicht eingetreten. Die Zahl der geschlachteten Hunde ist seit 1913 bis 1919 gestiegen von 7259 auf 14 990 die der Pferde im gleichen Zeitraume von 163 628 auf 341 562. Die Zahl der Schafe aber ist von 5 520 637 im Jahre 1913 gestiegen auf 7 031 342, im Jahre 1919 bis der Ziegen von 3 548 384 auf 4 967 337.

Es darf deshalb die gegenwärtige, jährliche Fleischproduktion in Deutschland folgendermaßen lauten werden:

Rinder (Fleisch und Fett) . . .	468 187,5 T.	= 38 %
Schweine (Fleisch und Fett) . . .	831 762,0 T.	= 60 %
Schafe, Ziegen, Pferde, Hunde . . .	119 900,0 T.	= 7 %
<b>in Summa</b>	<b>1 419 849,5 T.</b>	<b>= 100 %</b>

Mit der vom Minister für Ernährung und Landwirtschaft für notwendig gehaltenen Einfuhr von 180 000 Tonnen Fleisch stellen wir 1 600 000 Tonnen, was auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet 26 1/2 Kg. pro Jahr ausmacht. Wir mühten deshalb unsere Fleischbedarfs auf die Hälfte der Vorkriegszeit einstellen. Wie eine möglichst gleichmäßige Verteilung erreicht werden kann, soll in einem weiteren Artikel gezeigt werden.

## Die Umstellung auf Braunkohle

W.B. meldet: Nach den beim Reichswirtschaftsministerium und Reichsstatistikamt vorliegenden Mitteilungen ist die deutsche Industrie auf die Anregung, sich dort, wo es irgendwo angängig ist, von dem Verbrauch der Steinkohle auf denjenigen von Braunkohle umzustellen, bereitwillig und sofort eingegangen. Bei der Warmstelle des Beetzins Deutscher Eisenhüttenwerke z. B. sind in den letzten Wochen Gutachten nachgefragt. Gutachten eingegangen, die den jährlichen Bedarf allein an rheinischer Braunkohle recht erheblich verringern würden. A. a. W. z. B. auch Krupp erhebliche Teile seiner Betriebe auf die Verwendung von Braunkohle umstellen. Natürlich sind die Kesselanlagen entsprechend umzuändern. Die da und dort auftretenden Schwierigkeiten, daß die verfeuerte Verwendung von Braunkohle ihren Preis wieder nach oben beeinflussen werde, sind nicht zutreffend. Die Schöpfung der Braunkohleförderung dürfte verhältnismäßig einfacher sein, als der Umbau der Feuerungen und die Regelung der Transportfrage.

In diesem Zusammenhange ist mitzuteilen, daß die Kohlenablieferungen an die Entente in dem in Spa vereinbarten Umfang nicht vollzogen werden. Sie werden begünstigt durch die gegenwärtig noch gute Transportlage und auch durch die allgemeine Abflutung auf dem Warenmarkt. Da die Ablieferung der vereinbarten Ententetösten ihrer Menge nach attentiv sehr offen liegt, unternimmt es ein Teil der ausländischen Käufer, die Qualität dieser Braunkohlelieferungen als verträglich zu bemängeln. Das ist zu bemerken, daß die Qualität der abzuliefernden Kohle in Verhandlungen an den Gewinnmöglichkeiten mit den Ententeverkäufern vereinbart wurde, und genau den Abminderungen entsprechend wollesten sich die Lieferungen. Solche Verurteilungen aus der Qualitätsfrage Schwierigkeiten zu machen, entbehren jeglicher Grundlage.

## Die Sozialisierung der Kurorte

In der vom Georg Bernhard herausgegebenen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wochenschrift „Finanz“ macht der Regierungsrat Hans G. B. L. z. der gleichzeitig Pressereferent der preussischen Staatsregierung ist, den Vorschlag, die natürlichen Heilquellen Deutschlands nach ihrer Ausnutzung für die Volksgesundheit der Privatinitiative zu entziehen und sie für die Volksgemeinschaft nutzbar zu machen. Er fordert dazu: 1. Die Überführung aller natürlichen Heilquellen in den Besitz des Reiches zur Durchführung einer einheitlichen Väterpolitik Hand in Hand mit den Institutionen der Reichsverwaltung; 2. die Kommunalisierung oder Umwandlung in gemeinwirtschaftliche Betriebe einer hinreichend großen Anzahl von Kurortunternehmungen an den Orten, die natürliche Heilquellen besitzen; 3. Begründung von gemeinnützigen Kurortvereinen zur möglichst billigen und reichlichen Versorgung der Inassen der kommunalen Kurortunternehmungen und Gewährung staatlicher und Reichszuschüsse für Versorgungszwecke; 4. Maßnahmen zur Verbesserung der Saison der Heilbäder mindestens auf die Zeit von Mitte April bis Mitte Oktober; 5. eine den Bedürfnissen des letzten Halbjahres sich anpassende Eisenbahnpolitik; 6. rücksichtlose Anwendung des Entgeltungsrechts im öffentlichen Interesse gegen alle Formen von Bodenpekulation und Terrainspekulation in Orten mit Heilbädern sowie Entziehung besonderer Schiedsrichterlicher Instanzen zur Beschädigung von Lebensmitteln- und Wieswäcker; 7. entsprechender Ausbau der Sozialversicherung.

## Billigere Baumwolle

Während des Krieges sind die Baumwollekosten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Betrag sehr zurückgegangen. Man erntete beispielsweise 1914 1,61 Millionen Ballen, dagegen 1917 nur 1,15, 1918 1,2 und 1919 1,3 Millionen Ballen. In diesem Jahre hofft man auf 1,25 Millionen Ballen, das wäre der höchste Ertrag seit 1915. In der Preispolitik kommt das bessere Entsergebis bereits kräftig zum Ausdruck. Während zur Zeit nur geringe Vorräte vorhanden sind und infolgedessen die Preise sehr hoch sind, liegen die Preise für spätere Lieferungen aus der neuen Ernte bis zu 30 Prozent unter der jetzigen. Es ist also Aussicht auf reichlichere und billigere Versorgung mit Baumwolle vorhanden. Ob freilich die arbeitende Bevölkerung in der Lage sein werden, sich die dringend nötigen Bekleidungsstücke zu kaufen, das hängt nicht nur von den Baumwollpreisen, sondern vor allem von der Gehaltung des Reallohnes ab.

## Vom Revolutionär zum Reaktionsär

Der Vorschlag gegen die Wähler des Grafen Stefan Tisza und die Rolle, die der liberale Ministerpräsident Stefan Friedlaß bei diesem Morde gespielt hat, stehen in gegenwärtig das öffentliche Interesse in Ungarn vollkommen in Anspruch. Die ungarischen Blätter, die seit Monaten insolge Bankrott mangels nur drei Seiten stark erschienen haben und dünnen, wie kein mehr als drei Seiten dieser Angelegenheit. Auch die Nation-Vorstellung beschäftigt sich seit Tagen ausschließlich mit der Frage, ob der Abgeordnete Stefan Friedlaß, dessen Auslieferung die Übernahmewahl wegen Mordhandeln an dem Verbrechen des Mordes fordert, ausgeliefert werden soll oder nicht. Der in mancher Hinsicht ausständig, der ursprünglich den Beschluß gefaßt hat, das Immunitätsrecht des Abgeordneten Friedlaß auszuheben, um seine die den Beschluß tags darauf dahin ab, daß die Auslieferung nur mit ausdrücklicher Vorbehalt erfolgen soll, daß für den Fall, daß sich im Verlaufe des strafrechtlichen Verfahrens die Einschränkung der persönlichen Freiheit des Abgeordneten Friedlaß als notwendig erweisen sollte, die Staatsanwaltschaft sich neutral als eine Nationalversammlung wenden müsse.

Ueber diesen Antrag des Ausschusses wird nun eine langwierige stellenweise sehr erregte Debatte in der Nationalversammlung abgeführt. Ein Mitglied des Ausschusses unterbreitete dem Plenum ein Separatvotum, in dem beantragt wird, das Auslieferungsgesetz entweder ganz abzuschaffen oder die Art an den Immunitätsausgang mit der Stellung zurückzuführen, von der Staatsanwaltschaft sämtliche auf diese Angelegenheit bezügliche Akten einzufordern. Der sonst so wehrhafte Ministerpräsident, Graf Pau I Teleki, tritt in die Debatte mit einer ganz kurzen Erklärung ein, in der er sich daran beschränkt, festzustellen, daß die Regierung in dieser Angelegenheit überhaupt keinen festgelegten Standpunkt einnehme und diese Frage als keine politische Frage betrachte.

Dessenungeachtet behandelten die Redner, die an der Debatte teilnahmen, ohne Ausnahme diese Angelegenheit als Politikum und nicht als Rechtsfrage. Der Abgeordnete Hornyanszky,

früher Gerichtsrat, beschuldigte das Militärgericht der Befangenheit und der Freundlichkeit, der Abgeordnete Hazi Szell machte dabei den Vorwurf: „Das ist das rechte Sozialgericht.“ Dieser Vorwurf entsetzte große Parteien. Der Staatssekretär im Ministerium des Innern, Julius Gombos, früher Verfassungsdirektor und gegenwärtig Präsident der weitverzweigten Offiziersvereinigung „Korona“ sprach von seinem Eide und Bedrohung mit der Hand des Abgeordneten Grafen. Ein anderer Abgeordneter beschuldigte die Polizei, mit Geld Zuppen gegen Friedlaß gekauft zu haben. Dieser verweist auch darauf, daß der Oberstaatsanwalt Kattagasszky, der jüngste seine Stelle verlassen mußte, erklärt habe, er hätte in der letzten Zeit in vielen Fällen, so auch in der Nordaffäre des früheren Redaktors der „Korona“ Bela Somogyi, die Wähler ausgefordert, doch hätten die Behörden von einer Verfolgung der Wähler abgesehen. Diese Enthaltungen beweisen bisher von der Regierungsbefehle unbedeutend. Während im Parlament nun darüber gestritten wird, ob dem Auslieferungsgesetz der Staatsanwaltschaft seine Gültigkeit werden soll, erklärt Friedlaß als Zeuge vor dem Militärgericht. Es ist nur natürlich, daß Friedlaß, der in rascher Aufeinanderfolge vom extremsten Revolutionären zum Führer der Gegenrevolution emporgestiegen hat, vor Gericht die Sonne von Himmel ablenkt.

Preussische Beamte und Krankenversicherungspflicht. Nach einem Beschlusse des Staatsministeriums ist Beamten unter 15 000 Mark Einkommen im Krankheitsfalle ein Anspruch auf Gehalt bzw. in anderthalbfachem Betrage des Krankengeldes bis zu 26 Wochen zu gewährleisten. Damit sind sie von der Krankenversicherungspflicht befreit.

Zu antisemitischen Exzessen ist es am Sonntag Abend in Wien gekommen. Unter Führung von Reichswehrsoldaten, anscheinend früheren Ballistumern und Marschallangehörigen, zog eine große Menschenmenge mit Wut und Gekrei vor die vollbesetzten Vergnügungsorte, wo Drohungen gegen die jüdischen Badegäste ausgesprochen wurden. Der vorstärksten Polizeimannschaft gelang es, durch sofortige Schließung der Lokale die Ansammlung zu verhindern und mehrere Ausschreitungen zu verhindern. Am Montag haben die Gewerkschaften zu einer Gegendemonstration aufgerufen.

Abkommen zwischen Dänemark und Amerika. Um den Wechselkurs zwischen Dänemark und Amerika zu beschleunigen, wird Dänemark eine große Menge Sponsoren nach den bereinigten Staaten ausführen. Dänemark hat als Gegenleistung Getreide und Nahrungsmittel zu erhalten.

## Aus der Partei

### Kreisversammlung Eberfeld-Barmen

Ungeordnetlich gute Fortschritte hat die Parteiorganisation des Kreises Eberfeld-Barmen im letzten Jahre zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl liegt von 2500 im Vorjahre auf 12 200 in diesem Jahre. Entsprechend diesem gehobenen Wachstum der Mitgliederzahl besserte sich auch das Kassenergebnis. Das Vermögen der Parteikasse beträgt heute 32 500 M. Die U. S. V. ist heute die weitläufigste Partei des Wuppertals. Bei der letzten Wahl erhielten wir 57 000 Stimmen, die Reichssozialisten 22 000.

Für Sowjetrußland — gegen das Entwaffnungsgesetz demonstrierten am letzten Mittwoch nachmittag in den Wuppertalstädten rund 2 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in imposanten Umzügen. Tausende bewohnten die Straßen, durch die die Demonstranten zogen. Die Betriebe hatten von 3 Uhr ab geschlossen.

### Warnung!

Der Russe Nikolai Gredloff, der sich als politischer Flüchtling ausgibt, ist unter Einlieferung einer hohen Geldsumme und unter Mitnahme eines beträchtlichen Kapitalvermögens von Wuppertal flüchtig. Er spricht ziemlich gut deutsch und lenkt sich in der deutschen und ausländischen Politik sehr gut aus. Er spricht gern von führenden Parteigenossen des In- und Auslandes, Kennzeichen: schwarze Hosen am Hals. Falls er irgendwo auftaucht, ist die Ortsgruppe Wuppertal sofort unter Tiergarten, Wuppertal, Wuppertal, 2, telegraphisch zu benachrichtigen.

### Was der Parteipresse

Heft Nr. 32 der Wochenschrift „Der Arbeiter“ (Schriftleitung Ernst Däumig) ist jochen erschienen. Aus dem Inhalt: In die Betriebsräte und Betriebsobstaus aller Industrie- und Verkehrsgruppen gegen die Arbeitslosigkeit, Kündigung. Der Staatsbankrott von Hermann Pollack-Karlsruhe. In die Betriebsräte! Wesen und Aufbau der modernen Industrie-Unternehmung von Richard Dehning. Eine Anfrage an den Genossen Dismann. Die Betriebsräte in den Kommunevereinen gegen die Geschäfts-führerpolitik. Es sollen keine Lokomotiven gebaut werden. Zusammenfassung der Unternehmer. Der Gewerkschaftsbureaokratismus gegen das Räteystem. Bücherbesprechungen.

„Der Arbeiter“ ist in bezuglich nach das zuständige Votum am jeweiligen Wohnort, sowie Buchhandlung „Freiheit“ und Parteiorganisationen.

## Betriebsräte

### Die Betriebsräte des Magistrats Charlottenburg für selbständige Betriebsräteorganisation

Am Freitag, den 12. August, fand in der Aula der Hindenburg-Oberrealschule eine Versammlung sämtlicher Betriebsräte (Arbeiter- und Arbeiterinnen) des Magistrats Charlottenburg statt. Auf der Tagesordnung stand als Hauptpunkt: „Der Zusammenhalt der Betriebsräte“. Zu diesem Punkt hielt der Genosse Richard Müller von der Betriebsrätezentrale, Münzstraße, einen eingehenden Vortrag über die Aufgaben und die Zusammenfassung der Betriebsräte. Mit seinen Ausführungen erzielte er lebhaften Beifall. — Das Korreferat hielt Köppl von der „Ufa“. Die Mehrheit der Dispositionen trat für die Richtlinien, die zwischen Betriebsrätezentrale und Gewerkschaftskommission vereinbart sind, ein. Es wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen.

Die versammelten Betriebsräte des Magistrats der Stadt Charlottenburg treten ein für den Zusammenhalt aller Betriebsräte, wie er sehr von der provisorischen Leitlinie der Betriebsräte vorgenommen wird. Das Verhalten der „Ufa“ stellt nicht die geschlossene Kampffront des Proletariats, sondern nur zu einer Schwächung der Aktionskraft derselben führen. Die Versammelten ersuchen die Betriebsräte der „Ufa“, ihren Standpunkt aufzugeben und sich der provisorischen Zentrale anzuschließen.

### Gegen den Steuerabzug

In einer, am 12. August, stattgefundenen Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma Orenstein u. Koppel, Spandau, gelangte nachfolgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die bei der Firma Orenstein u. Koppel, Spandau, beschäftigten Arbeiter und Angestellten erheben den schärfsten Protest gegen das ungerochte, rassistische Steuergesetz und sind nicht gewillt, sich weiter von dieser reaktionären Regierung knechten zu lassen.“

Die Versammelten beauftragen daher ihren Betriebsrat, sofort mit der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße 24, in Verbindung zu treten und von dieser die sofortige Einberufung eines Reichsärtekongresses zu fordern, welcher gegen diese Regierung, die denartige Gesetzgebung fördert, den schärfsten Kampf ansetzt.

Da eine reaktionäre Regierung nicht imstande und auch nicht gewillt ist, eine gerechte Verteilung der Lasten vorzunehmen, so werden die Arbeiter und Angestellten immer tiefer ins Elend gedrückt, so erkennt die oben genannte Belegschaft nur den Reichsräten an als höchste Instanz an.“

